

Offener Brief Pussy Riot

3 Jahre Straflager für 2 Minuten Protest?



Amnesty-Aktion vor der russisch-orthodoxen Kirche in Zürich | © AI

Amnesty International hat der Leitung der russisch-orthodoxen Auferstehungskirche in Zürich am Sonntag, den 12. August, einen Offenen Brief übergeben und an die KirchgängerInnen Flyer verteilt. Die Menschenrechtsorganisation bittet um Unterstützung für die drei inhaftierten Mitglieder der russischen Punkband «Pussy Riot».

Seit dem 25. April 2012 sitzen die drei jungen Frauen Nadeschda Tolokonnikowa, Jekaterina Samuzewitsch und Maria Aljochina in Untersuchungshaft. Sie hatten am 21. Februar dieses Jahres mit Skimützen verkleidet einen Protestsong gegen den russischen Präsidenten Putin in der Christi-Erlöser-Kathedrale in Moskau gesungen. Die Staatsanwaltschaft fordert eine Haftstrafe von drei Jahren wegen «Hooliganismus» und «Anstiftung zu religiösem Hass». Das Urteil soll am 17. August verkündet werden.

Die Anklagepunkte und die drohende mehrjährige Haftstrafe seien völlig unverhältnismässig, sagt Amnesty International. Die Menschenrechtsorganisation betrachtet die Mitglieder der Punkband deshalb als gewaltlose politische Gefangene und fordert in einer weltweiten Briefaktion ihre sofortige und bedingungslose Freilassung, die Einhaltung ihres Rechts auf einen fairen Prozess und die Respektierung der Meinungsäusserungsfreiheit in Russland.

Das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche in Moskau, Patriarch Kirill, hat die Protestaktion als «Spott des Teufels» gegeißelt und eine harte Bestrafung gefordert. Nach mehrmonatiger Untersuchungshaft droht den drei Frauen – zwei von ihnen Mütter von kleinen Kindern – nun drei Jahre Straflager. Mit der Solidaritätsaktion richtet sich die Schweizer Sektion von Amnesty International speziell an die Mitglieder und an die Leitung der russisch-orthodoxen Kirche in der Schweiz. In einem Offenen Brief bitten sie die Gemeindemitglieder, sich bei ihrem Moskauer Patriarchen für die Freilassung der Mitglieder von «Pussy Riot» und für die Respektierung der Meinungsäusserungsfreiheit einzusetzen.